

Vernehmlassung zur Standesinitiative «Bauen ausserhalb der Bauzone» und zum Vorentwurf und erläuternden Bericht der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates vom 4. April 2011 (Geschäft-Nr. 08.314)

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne mache ich von der Möglichkeit Gebrauch, mich an der eingangs erwähnten Vernehmlassung zu beteiligen.

Die erwähnte Standesinitiative und der Vorentwurf des Nationalrates stellen fundamentale Grundsätze der schweizerischen Raumplanung in Frage und werden mit Sicherheit die künftige Raumplanung erschweren bis verunmöglichen! Bauzonen und Nichtbauzonen lassen sich nicht mehr sauber trennen. Der weiteren Zersiedelung der Landschaft wird ohne Zweifel Vorschub geleistet. Die Folgen lassen sich leicht abschätzen:

- Durch die «Bauzonen-Inseln», die nicht mehr landwirtschaftlich genützt werden müssen, wird in den Gemeinden ein Anreiz zur Ausdehnung der Bauzonen von deren Rändern bis zu diesen «Bauzonen-Inseln» geschaffen. Jedenfalls werden betroffene Grundeigentümer mit Sicherheit in diesem Sinne bei den kommunalen Planungs- und Baubehörden Druck machen.
- Wertvolles Kulturland für die Landwirtschaft und als Erholungsraum geht definitiv verloren und wird durch die private Nutzung der «Bauzonen-Inseln» für nicht landwirtschaftliche Zwecke übermässig beeinträchtigt.
- Die Infrastruktur zu diesen «Bauzonen-Inseln» muss ausgebaut werden (Strassen, Kanalisation, Wasser, Gas, Elektrizität, Telekommunikation, Entsorgung etc.), weil die nicht landwirtschaftliche Nutzung andere, intensivere Nutzungen nötig macht und mit der neuen Zonenordnung auch erlaubt. Diese Insel-Versorgung ist überaus ineffizient und wird zu einem grossen Teil sicher auch auf Kosten der Allgemeinheit gehen, weil Grundeigentümer nur beschränkt zur Kostenbeteiligung verpflichtet werden können.
- Es entsteht ein unattraktiver Siedlungsbrei, ohne grössere zusammenhängende unverstellte Kulturlandschaften. Kommende Generationen finden nur noch öde, zugebaute Landschaften vor.

Standesinitiative und Vorentwurf stehen in krassem Gegensatz zu den neusten Erkenntnissen der Wissenschaft und auch zu den aktuellen politischen Forderungen und Einsichten aller Parteien. Vergleiche dazu etwa:

- Presseberichte der NZZ-Online und der Gratiszeitung 20Minuten, insbesondere mit Verweis auf eine Studie des schweizerischen Nationalfonds:
 - http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/zersiedelung_der_schweiz_geht_unhauhaltig_weiter_1.1059472.html
 - http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/metropolen_foerdern_und_zersiedelung_stoppen_1.818375.html
 - http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/schweiz_raumplanung_konzept_1.9170359.html
 - <http://www.20min.ch/news/schweiz/story/13043387>

Beitrag in der Sendung 10vor10 von SF DRS vom 11. März 2011:

→<http://www.videoportal.sf.tv/video?id=94daa671-37e8-4cbd-b71c-51aa62d1ed3b>

Meinungen politischer Parteien zur Zersiedelung (alphabetisch):

CVP:

→<http://www.cvp.ch/themen/themenuuebersicht/umwelt-energie/>

FDP:

→<http://www.fdp.ch/kommunikation/26-medienmitteilngen/442-verdichtet-bauen-landschaft-schuetzen.html>

Grüne:

→<http://www.gruene.ch/web/gruene/de/positionen/umwelt/raumplanung/medienmitteilungen/raumkonzept.html>

Grün-Liberale:

→http://www.grunliberale.ch/doku/medien/2010/mm20100928de_rpg.pdf

SP:

→<http://www.sp-ps.ch/ger/Medien/Communiques/2010/SP-Schweiz-setzt-weiterhin-klar-auf-Landschaftsinitiative>

SVP:

→http://www.svp.ch/g3.cms/s_page/82040/s_name/delegiertenversammlungen/detail/s_element/129630/newsID/2128/news_newsContractor_year/2010/searchkey/landschaft

→<http://www.svp->

[zuerich.ch/nt/index.php?item=../schwerpunkte/auslaenderpolitik](http://www.svp-zuerich.ch/nt/index.php?item=../schwerpunkte/auslaenderpolitik)

Schliesslich kommt bei ethischer, philosophischer und geschichtlicher Betrachtung bei Gebäuden in der landwirtschaftlichen Zone (bzw. in der Nicht-Bauzone), welche den ursprünglichen Zweck nicht mehr erfüllen bzw. erfüllen können nur eine Lösung in Frage: Rückbau der Gebäude und Zugänglichmachung der frei werdenden Flächen für die Zwecke der Nicht-Bauzone. Die privaten Interessen an einer Zonenfremden und unwiderruflich exklusiven Nutzung haben in solchen Fällen hinter den Interessen der Allgemeinheit und den Interessen künftiger Generationen an einer unbeeinträchtigten Kulturlandschaft anzustehen. In der Geschichte ist es ein ganz normaler Vorgang, dass Gebäulichkeiten aus verschiedenen Gründen wieder verschwinden (dürfen)!

Aus diesen Gründen ist die Standesinitiative und der Vorentwurf des Nationalrates klar und vollumfänglich abzulehnen!

Mit freundlichen Grüssen

Harry Lütolf